Rund ums Geld
08/2004 – Nr. 2
Infodienst für Beschäftigte im öffentlichen Sektor

Tipp

Für alle (Not)Fälle
Gerade der August und September sind ideale Urlaubsmonate. Auch für Kurzurlaube. Doch wer will sich dafür schon einen dicken Sprachführer kaufen? Die Polizei-Versicherungs-AG hat auf ihrer Internet-Seite (www.pvag.de) unter "Tipps & Hilfe" einen kleinen Sprachführer für Notsituationen, z.B. beim Arzt, bei Unfällen oder in der Apotheke zusammengestellt. Zur Auswahl stehen Deutsch-Englisch, Deutsch-Französisch, Deutsch-Spanisch oder Deutsch-Italienisch.

7. Schöneberger Forum
Das siebte Schöneberger Forum am 16. und 17. November 2004 steht dieses Mal unter dem Motto „Männer und Frauen im öffentlichen Dienst – Arbeiten im Spannungsverhältnis von Lebenszeit-‚Laufbahn- und Leistungsprinzip". Im Berliner Rathaus Schöneberg soll außerdem eine Möglichkeit gefunden werden, wie Gender Mainstreaming in den Modernisierungsprozess einbezogen werden kann. Anmeldungen sind jederzeit möglich unter www.schoeneberger-forum.de.

Messe "Moderner Staat"
Die achte Fachmesse "Moderner Staat" mit Kongress am 23. und 24. November in Berlin steht in diesem Jahr unter dem Motto: Innovationen für den Public Sector". Schirmherr ist – nun bereits zum vierten Mal – Innenminister Otto Schily. Staatssekretärin Ute Vogt wird die Veranstaltung auf dem Messegelände am 23. 11. um 9 Uhr eröffnen. Geplant sind Vortragsforen zu ausgewählten Politikfeldern wie eGovernment, Bürokratieabbau und modernem Verwaltungsmanagement. Nähere Informationen zur Messe sind zu finden unter www.staat-modern.de oder unter www.moderner-staat.de.

InfoService
Neugierig?
Einfach anrufen:
0211-7300 335

Altereinkünftegesetz: Mehr als das Bundesverfassungsgericht forderte

Mit dem ab 2005 gültigen Alterseinkünftegesetz wird die Besteuerung von Altersvorsorgeaufwendungen und Renten neu geregelt. Das Bundesverfassungsgericht hatte festgestellt, dass die unterschiedliche Besteuerung der Beamtenpensionen und Renten nicht mit dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes vereinbar ist. Bislang entfiel eine Steuer von 27 Prozent auf den Rentenertragsanteil, Pensionen sind – abzüglich der Freibeträge – voll steuerpflichtig.
Ein Kernpunkt des neuen Gesetzes ist z.b. die nachgelagerte Besteuerung. Rentenauszahlungen werden zu 50 Prozent versteuert. Für NeurentnerInnen steigt die Besteuerung bis 2040 auf 100 Prozent.
Bisherige Renten und Neufälle im kommenden Jahr sind bis zu einer Rente von rund 1.575 Euro im Monat für Alleinstehende steuerfrei. Die Durchschnittsrente lag 2002 bei 750 Euro (West) bzw. 870 Euro (Ost). Das heißt, auch weiterhin

fällt für DurchschnittsrentnerInnen keine Steuer an. Zeitgleich entfallen auf 60 Prozent der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung die Steuern. Damit sinkt die Steuerlast für Erwerbstätige, was politisch gewollt war.
Wie in Pensionskassen und -fonds dürfen vier Prozent der Rentenbeitragsbemessungsgrenze steuerfrei in eine Direktversicherung einfließen. Diese Beiträge sind bis 2008 sozialabgabenfrei. Damit soll die betriebliche Alterssvorsorge attraktiver werden.
Außerdem werden alle ab 1. Januar 2006 abgeschlossenen Riester-Verträge nur noch dann staatlich gefördert, wenn Frauen und Männer die gleichen Prämien für gleiche Monatsrenten bezahlen müssen. Für diese Unisex-Tarife haben sich vor allem die Bundesministerinnen Renate Künast und Renate Schmidt eingesetzt.
Das Bundesgesundheitsministerium hat übrigens unter www.die-rente.info/ ein neu gestaltetes Internet-Portal eingerichtet. Es bietet Informatoinen rund um das Thema Rente mit Hintergrundberichten und Statistiken. Aber auch in der aktuellen Ausgabe des Ratgebers „Die Beamtenversorgung" finden Sie weiterführende Informationen und Wissenswertes zum Thema. Der Ratgeber kann unter www.dbw-online.de direkt für nur 7,50 Euro bestellt werden.

Gesundheitsreform

Gesundheitskarte mit Finanzierungslücke: Millionen für die Pille auf Mausklick

Alle medizinischen Daten eines Patienten sind darauf vermerkt und verhelfen zu einer unkomplizierteren Behandlung durch den Arzt, wird versprochen: Die elektronische Gesundheitskarte soll's ab 2006 möglich machen. Doch noch streiten sich Ärzte und Krankenkassen, wer die Kosten für ein Kartenlesegerät übernehmen soll. Nur mit einem solchen elektronischen Arztausweis ist der Zugang zu den gespeicherten Daten möglich. Die Kosten dafür belaufen sich auf sechs bis acht Millionen Euro. Die Kassen wollen für diese Investition nicht aufkommen und verweisen darauf, dass sie sich ja schon an den Kosten der Gesundheitskarte mit 1,6 Milliarden Euro beteiligt haben und nicht noch mehr Geld für einen Mausklick übrig haben. Streit ums Geld also, dabei könnten auch Patienten einer Reha-Klinik von der Gesundheitskarte profitieren. Unter www.klinikverzeichnis.de steht Interessierten ein ständig wachsendes Klinik- und Spezialistenverzeichnis zur Auswahl.

Kongress

Jubiläum in Bremen

Der Europäische Verwaltungsreformkongress in Bremen feiert in diesem Jahr zehnjähriges Jubiläum. Veranstaltet wird er von der Hochschule Bremen und dem Senator für Finanzen. Eröffnet wird der Kongress am 6. Oktober mit einer Podiumsdiskussion zur "Finanziellen Situation öffentlicher Haushalte – Wege aus der Krise". Das Abschlussforum am 7. Oktober lautet: "Verwaltungsreform und externe Berater". Mehr Informationen, auch zum Frühbucherrabatt, stehen unter www.innovative-verwaltung.de.